

Rückschlag für die „Letzte Generation“

▶ Maßnahmen der Strafverfolgung, ja sogar Strafurteile gegen ihre Aktivisten konnten die „Letzte Generation“ bislang nicht aufhalten. Sie waren im Gegenteil offenbar als Themen für Spendenkampagnen fest eingeplant. So hatte die Organisation zuletzt das Ziel ausgegeben, rund 800.000 Euro Spenden für ihre Aktivitäten einzuwerben, und tatsächlich war es ihr offenbar gelungen, jährlich etliche hunderttausend Euro an Zuwendungen ihrer Unterstützer zu erhalten.

Am 24. Mai 2023 aber geriet die Geldmaschine der „Letzten Generation“ ins Stocken. An 15 Standorten in sieben Bundesländern führte die Polizei Hausdurchsuchungen durch. Gegen sieben Rädelführer ermittelten Staatsanwälte wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Ihnen drohen Haftstrafen ohne Bewährung.

Allerdings sind die Klimakleber nicht nur auf Kleinspenden von Unterstützern in Europa angewiesen, die sich durch illegale Aktionen für Geldzuwendungen mobilisieren lassen. Ein Teil ihrer Einnahmen stammt nach deren eigenen Angaben vom „Climate Emergency Fund“ der US-amerikanischen Milliardenerbin Aileen Getty. Deren Vermögen hatte ihr Großvater Jean Paul Getty, ein US-Kriegsprofiteur, seit 1942 mit Getty Oil erwirtschaftet. Sie gilt in den USA als weltfremde Verrückte und will nach ihrem eigenen Bekunden einen Teil des ökologischen Schadens wiedergutmachen, den ihre Erblasser angerichtet haben.

Manfred Rouhs



In München setzten „Klimaaktivisten“ zwei BMW X5 in Brand - einen Diesel und ein Elektrofahrzeug. Schwer zu erklären ist, wie solche Fahrzeugbrände die Erderwärmung aufhalten sollen. | Foto: Berufsfeuerwehr München

München:

„Klimaaktivisten“ setzen Autos in Brand

▶ Die Aktivitäten selbsternannter „Klimaaktivisten“ gleiten immer mehr in den Terrorismus ab. Am frühen Morgen des 10. Juli 2023 setzten unbekannte Täter in München auf dem Firmengelände eines Autohändlers zwei neue Geländewagen des Typs BMW X5 in Brand: Einen Diesel und ein Elektrofahrzeug. Der Feuerwehr gelang es nur durch einen ebenso schnellen wie massiven Löscheinsatz, ein Übergreifen der Flammen auf ein benachbartes Gebäude zu verhindern.

Wer derart Feuer legt, nimmt offenbar den Tod von Menschen billigend in Kauf. Der „Klima-Aktivismus“ erreicht damit eine neue Qualität. Ein Teil der Szene ist offenbar bereit, über Leichen zu gehen, um Furcht zu verbreiten und öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen.

Erst mit zwei Tagen Verzögerung wurde bekannt, dass sich die Klima-Szene im Internet zu dem Anschlag bekannt

hat. Es handele sich um eine „erste Reaktion“ auf die laufenden Strafverfahren gegen „Klimakleber“, berichtet die „Welt“. Sie hätten die beiden Geländewagen „zwangspensioniert“, heißt es in dem Bericht.

In Berlin-Pankow hatten „Klimaaktivisten“ im Juni bei 50 Geländewagen die Reifen zerstochen. Die Besitzer waren größtenteils Arbeitnehmer, die dadurch ein Problem hatten, zur Arbeit zu fahren.

Bereits im Februar setzten unbekannte Täter auf dem Gelände des Porsche-Zentrums in München-Haidhausen einen Porsche „Panamera“ in Brand, ebenfalls ein Geländewagen. Dabei entstand ein Sachschaden am Firmengebäude und am Fahrzeug von rund 200.000 Euro.

Im Fall des aktuellen Anschlags schätzen die Ermittler den Sachschaden auf 100.000 Euro.



In Gießen suchten im Sommer 2023 organisiert herangekarrte eritreische Wanderdemonstranten aus halb Europa die Konfrontation mit der Polizei. | Foto: Screenshot aus einem Youtube-Video

Eine Folge der offenen Grenzen:

Gießen, Eritrea und 28 verletzte Polizisten

Ein vom „Zentralrat der Eritreer in Deutschland“ organisiertes Festival in Gießen zog gewaltbereite Gegner des eritreischen politischen Regimes aus ganz Europa an. Die Gegner der Veranstaltung, nicht deren Teilnehmer, lieferten sich ausufernde Straßenschlachten mit der deutschen Polizei. 28 Beamte wurden verletzt.

Eritrea hat nur rund sechs Millionen Einwohner und ist eine ganz normale nordostafrikanische Operetten-Diktatur. Die Nomenklatur des Landes stellt eine „Volksfront für Demokratie und Ge-

rechtigkeit“, die sich ideologisch in etwa auf dem Niveau der Anhänger Maximilien de Robespierres zu Zeiten der französischen Revolution bewegt. Im Land selbst gibt es außerhalb der Gefängnisse keine Regierungskritiker.

Der „Zentralrat der Eritreer in Deutschland“ steht dem Regime in der Hauptstadt Asmara nahe. Sein jährliches Festival ist ein willkommenes Angriffsziel für Exileritreer, die bemerkt haben, dass Straßenschlachten und Gewaltexzesse die Aufmerksamkeit des europäischen Medienbetriebes auf ihr Anliegen lenken. Und

die, wenn sie die Anhänger der ihnen verhassten „Volksfront“ auf der Straße sehen, ohnehin nicht anders können, als auszurasten und zuzuschlagen.

Insofern liegen die Ursachen der Ausschreitungen von Gießen quer zu dem, was wir von Clankämpfen in Berlin und dem Ruhrgebiet gewohnt sind. Da stecken nicht Kriminelle ihr Revier ab gegen die Konkurrenz, sondern politische Reiskader von auswärts nutzen die liberalen Verhältnisse in Deutschland für politisch motivierte Randalen.

Sichere Grenzen würden das eine Problem genauso lösen wie das andere. Wenn irgendetwas für die Zukunft Deutschlands alternativlos ist, dann sind es sichere Grenzen. So lange wir nicht in sicheren Grenzen leben, werden so oder so begründete Ausschreitungen mehr und mehr ein Bestandteil unseres Alltags werden. Gewalt ist allerdings kein legitimes Mittel politischer Auseinandersetzungen - weder für eine böse, noch für eine gute politische Sache.

Brandenburg:

Grüner Minister fordert Begrenzung des Wasserverbrauchs

Wer zu lange
duscht, wird zum
Überwachungsfall
für den grünen
Blockwart. | Foto:
Rainer Sturm /
pixelio.de

► **Der Mensch an und für sich ist und war immer schon eine Umweltsau. Ein Risiko für die Natur und für sich selbst.** Ständig kurvt er in stinkenden Diesel-Fahrzeugen sinnlos durch die Gegend. Er schummelt bei der Mülltrennung. Im Winter heizt er sich den Bären, und im Sommer verplempert er kostbare Elektrizität für Klimaanlage und Ventilatoren.

Und der Mensch verbraucht Wasser. Viel zu viel Wasser. In Brandenburg füllt er damit sogar private Pools vor seinem Einfamilienhaus auf, was den grünen Landes-Umweltminister Axel Vogel erzürnt. Der 66-jährige klagt: „Der Wasserverbrauch pro Kopf ist von 97 auf 120 Liter gestiegen.“ Sein Vorschlag zur Problemlösung ist für grüne Verhältnisse

einfach und einleuchtend: „Vielleicht sollten mehr Wasserversorger über eine Begrenzung des Verbrauchs nachdenken.“

Der Mann hat für die Umsetzung seines Vorschlags sehr konkrete Pläne. So soll der Wasserpreis in Brandenburg ab einer bestimmten Verbrauchsmenge drastisch ansteigen. Die Entnahme von Wasser aus Flüssen und Seen soll verboten werden. Landkreise, Städte, Gemeinden und Verbände sollen mit Ge- und Verboten helfen, den Wasserverbrauch zu drosseln. Das berichtet die „B.Z.“.

Wo geht das Wasser hin, wenn es von bösen Menschen verbraucht wird? Nun, es verschwindet nicht im Weltraum,

sondern im Regelfall in der Abwasserleitung. Von dort fließt es in Klärwerke. Deren Aufbereitungskapazitäten könnten - sogar in Brandenburg - derart umfassend erhöht werden, dass jeder Mensch so viel Wasser nutzen kann, wie er will - und sogar für eine Batterieproduktion bei Tesla in Grünheide genug übrigbleiben würde. Aber wer will das schon?

Die Grünen jedenfalls nicht! Die brauchen Leute, auf die sie mit dem Finger zeigen, die sie als Umweltsäue anprangern können. Also zum Beispiel die Poolbesitzer, die Lang- und Warmduscher, Elon Musk, alle AfD-Wähler - und die Dieselfahrer. Eben alle Umwelt-Säue, die am Pranger der Gut- und Bessermenschen stehen ...

Bürgerkrieg in Frankreich

► Der Tod eines 17-jährigen Nordafrikaners in Nanterre, einem westlichen Vorort von Paris, hat tagelange, umfassende Ausschreitungen seiner Landsleute in vielen französischen Großstädten ausgelöst. 45.000 Polizisten standen dagegen im Einsatz. Sie versuchen, die Randalierer durch Ausgangssperren und massives öffentliches Auftreten in Schach zu halten.

Das misslang bislang gründlich. Autos und Gebäude gingen in Flammen auf (siehe Foto). Eher durch Glück als durch die Umsicht der Beteiligten gab es keine weiteren Todesopfer.

Der eine junge Mann, der in Nanterre durch Schüsse aus einer Polizeiwaffe gestorben war, fuhr einen PKW, obwohl er keinen Führerschein hatte. Videoaufnahmen zeigen, wie ein Polizist auf ihn schoss, nachdem er das Fahrzeug beschleunigt hatte in der offensichtlichen Absicht, sich der Kontrolle zu entziehen.

Nachdem die Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen Totschlags gegen den Polizisten eingeleitet hat, dürfte in Frankreich künftig ein polizeiliches Durchgreifen gegen Personen, die ohne Führerschein ein Fahrzeug steuern, kaum noch möglich sein. Der Staat zieht sich - auch in Frankreich - offenbar immer mehr zurück von seiner Aufgabe, eine öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, die zumindest vom nordafrikanischen Teil derjenigen Menschen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Frankreich haben, offenbar nicht anerkannt wird. Frankreich zeigt uns: Ist erst ein Kipp-Punkt überschritten, dann können auch Zehntausende Polizisten die Implosion der öffentlichen Ordnung nicht mehr aufhalten.

Was den Franzosen ihre Nordafrikaner sind, das sind uns Deutschen unsere Türken und Araber. Wir wissen nicht wirklich, wie es mit ihnen weitergeht. Und mancher ahnt Böses.

In Frankreich erleben wir eine Eskalation, die auch uns in Deutschland jederzeit einholen kann. Da herrscht im öffentlichen Raum mit einem Mal wie in



vormoderner Zeit das Recht des Stärkeren.

Das lehrt uns vor allem eines: Wehe dem, der schwach ist!

Multi-Kulturelle Massenschlägerei in Castrop-Rauxel

► Am Abend des 16. Juni 2023 kam es in Castrop-Rauxel im Kreis Recklinghausen zu einer Massenschlägerei, an der nach Angaben der Polizei rund 80 Personen aus zwei verfeindeten „Großfamilien“ beteiligt gewesen sein sollen. Die Ausschreitungen konnten nur durch einen massiven Polizeieinsatz unterbunden werden, an dem ein Hubschrauber beteiligt war. Augenzeugen berichten von verschiedenen Ausdrucksformen besonderer Brutalität, die den Vorfall bemerkenswert machen.

So sollen die an der Auseinandersetzung beteiligten Zuwanderer Knüppel und sogar Macheten eingesetzt haben, um aufeinander loszugehen. Einer der Täter soll einem 23-Jährigen ein Messer in den Bauch gerammt haben. Ein anderer habe sein Kraftfahrzeug als Waffe

eingesetzt und versucht, einen Gegner zu überfahren, berichtet die Polizei. Die eine „Großfamilie“ stammt aus dem Libanon, die andere aus Syrien. Mindestens sieben Tatbeteiligte und zwei Polizisten wurden den Angaben zufolge bei den Ausschreitungen verletzt. Die Täter bestreiten ihren Lebensunterhalt mehrheitlich - zumindest offiziell - von sozialen Transferleistungen und vom Kindergeld.

Begonnen habe der Konflikt als „Nachbarschaftsstreit“, berichtet der zuständige Oberstaatsanwalt Carsten Dombert. Er muss einräumen, dass es der Polizei nicht gelungen ist, auch nur einen einzigen Tatverdächtigen festzunehmen. Die offizielle Begründung lautet, die Situation sei zu unübersichtlich gewesen.

Offensichtlich war die Polizei mit der Gesamtsituation überfordert. Deshalb sind leider auch die Personalien der Täter nicht festgestellt worden. Viele von ihnen sind aber polizeibekannt.

Aus der Bevölkerung kamen mittlerweile Verbesserungsvorschläge für künftige Polizeieinsätze dieser Art, von denen absehbar ist, dass sie - zumindest im Ruhrgebiet und in Städten wie Berlin, Hamburg und Köln - nicht allzu lange auf sich warten lassen werden. Eine Anregung läuft darauf hinaus, das Konfliktgebiet lediglich einzuhegen, statt Polizisten dem Risiko einer Verletzung auszusetzen. Danach könnte man in der Fläche Tränengas einsetzen, nachdem die Polizisten eine entsprechende Schutzausrüstung angelegt haben. Im nächsten Schritt sollte die Feststellung der Personalien der Täter relativ einfach sein.

In einem Rechtsstaat muss danach selbstverständlich alles Weitere seine Ordnung haben. Eine mögliche Lösung könnte darin bestehen, all jene Schläger, die nicht deutsche Staatsbürger sind, dauerhaft aus unserem Land auszuweisen. Und bei den anderen könnten die Behörden noch einmal überprüfen, ob bei der Einbürgerung, die ja offenbar in jedem Fall ein Fehler war, alles mit rechten Dingen zugegangen ist ...

IMPRESSUM

Herausgeber:

Signal für Deutschland e.V.

Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin

Vorstand nach § 26 BGB: Manfred Rouhs

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg,

Aktenzeichen VR 36107 B

V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs, Druck: Eigendruck

Dauerbezug nur für Mitglieder. Der

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag von

EUR 60,00 jährlich enthalten.



Standbild aus einem YouTube-Video.

Rückschlag für Gendersprecher*innen

Binnenstern & Co. gehören nicht zur offiziellen deutschen Schriftsprache

► Das erklärte Ziel der bundesdeutschen Gendersprachler ist es, den Binnenstern und andere unaussprechliche Absurditäten in eine kommende Reform der deutschen Rechtschreibung aufzunehmen. Am 14. Juli 2023 musste die Szene einen Rückschlag hinnehmen. Denn der Rat für deutsche Rechtschreibung entschied bei seiner Tagung im deutsch-belgischen Eupen, weder Sternchen, noch Unterstrich oder Doppelpunkt als Binnenzeichen für Mehrgeschlechtlichkeit in die deutsche Sprache aufzunehmen.

Das ist und bleibt jetzt erstmal offiziell, aber die Sprachverzerrung geht im Alltag und in den Massenmedien selbstverständlich weiter.

Der Rat für deutsche Rechtschreibung ist seit knapp 20 Jahren „die Regulierungsinstitution der Rechtschreibung des Standardhochdeutschen“, wie es im schönsten Nominalstil bei Wikipedia heißt. Im März 2021 mussten die Wikipediolen zerknirscht notieren, dass der Rat „die Aufnahme von Asterisk (,Gender-Stern’), Unterstrich (,Gender-Gap’), Doppelpunkt oder anderen verkürzten Formen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Bezeichnungen im Wortinnern in das Amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung zu diesem Zeitpunkt nicht empfohlen“ hat. Jetzt können sie ihren Artikel ergänzen um den eben dieses Thema betreffenden Beschluss des Rates vom 14. Juli 2023:

„Diese Wortbinnenzeichen gehören nicht zum Kernbestand der deutschen Orthografie. (...) Ihre Setzung kann in verschiedenen Fällen zu grammatischen Folgeproblemen führen, die noch nicht geklärt sind.“

Bislang erweist sich der Rat als recht stabile Trutzburg gegen einen ideologisch geprägten bundesrepublikanischen Zeitgeist, dem politische Weltanschauungen offenbar wichtiger sind als die Alltagstauglichkeit unserer Sprache. Das dürfte seiner Zusammensetzung geschuldet sein: 18 seiner Mitglieder sind Bundesrepublikaner, neun sind Österreicher, neun Schweizer, einer Südtiroler, einer Eupener, einer Liechtensteiner. Und ein Luxemburger gehört ihm ohne Stimmrecht an.

Auf Plakaten der westdeutschen politischen Rechten hieß es bis 1989 treffend: „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik!“ - Das gilt für den deutschen Sprach- und Kulturraum uneingeschränkt auch heute noch. Gott sei Dank!

Nicht nur, aber auch das Land Berlin lässt sich von zugewanderten Clankriminellen immer wieder erbarmungslos vorführen. Der Polizeispitze scheint manchmal die Phantasie zu fehlen, um sich vorstellen zu können, zu welchen Mitteln ihre Widersacher greifen, um in ihrem alltäglichen Kleinkrieg gegen die deutsche Ordnungsmacht die Oberhand zu behalten.

So beschlagnahmt die Berliner Polizei immer wieder die Sportwagen stadtbekannter Clankrimineller, sei es zu Beweiswecken oder in der guten Absicht, deren illegale Erträge abzuschöpfen. Den Gewohnheitsverbrechern wird sodann die Aufgabe gestellt, einen Nachweis für die legale Herkunft der Gelder zu erbringen, mit denen sie die Fahrzeuge erworben haben wollen. Und das funktioniert leider nicht immer so, wie sich Polizisten und Staatsanwälte die Sache am Schreibtisch ausgedacht haben.

Mehrmals schon sind solche Fahrzeuge auf dem Polizeigelände in Brand gesteckt worden - sei es, um Spuren zu verwischen, oder um vom Land Berlin für den entstandenen Schaden Ersatz in Geld einzufordern. Denn nachdem in den letzten Jahrzehnten manche Drogen-Milliarden in von der Anschubfinanzierung abgesehen durchaus legale Shisha-Bars, Eisdiensten und Spielotheken geflossen ist, gelingt den sich als Geschäftsleuten inszenierenden Clanakteuren immer wieder der Nachweis einer formal nur schwer angreifbaren Herkunft der für den Erwerb der Luxusfahrzeuge nötigen Geldmittel. Und dann blecht das Land Berlin, falls das Fahrzeug in seiner Obhut abgebrannt ist.

Die öffentliche Hand habe sich in solchen Zusammenhängen bereits mehrfach schadenersatzpflichtig gemacht, berichtet der „Tagesspiegel“. Als Reaktion darauf werden die Tätergruppen nicht etwa in ihre Herkunftsländer abgeschoben,



Polizei und Justiz in der Defensive:

Land Berlin zahlt Schadensersatz an Clankriminelle



Herr Miri aus dem Libanon legt großen Wert darauf, als rechtschaffender Bürger wahrgenommen zu werden. Dummerweise hat er immer wieder Ärger mit der Polizei, die ihm seine Sportwagen missgönnt.

ben, sondern der Polizei ist die Aufgabe gestellt worden, künftig nach der Sicherstellung solcher Fahrzeuge „Gefahrenprognosen“ zu stellen.

Die jungen Orientalen bevorzugen Sportwagen der Marken Mercedes-Benz,

Porsche und Ferrari. Solange dieser Personenkreis in Deutschland geduldet wird und der Polizei eine defensive Gangart verordnet bleibt, ist dem Problem nicht beizukommen. - Massenabschiebungen wären in diesem Zusammenhang offensichtlich hilfreich.